

Grüne befürchten Obstbaumsterben

STUTT GART - Die Regierung hält eine Informationskampagne zur Sicherung der gefährdeten Streuobstbestände „aus finanziellen Gründen“ für nicht vertretbar. Daher kritisierte gestern der Grünen-Abgeordnete Boris Palmer die Regierung und stellte in Anlehnung an den Landes-Werbeslogan verbittert fest: „Wir können alles – außer unser Streuobst schützen.“

Von unserem Redakteur
Rainer R. Günther

„Was uns droht, ist ein Obstbaumsterben. Es steht ein Stück Heimat auf dem Spiel“, warnte der Grünen-Abgeordnete Boris Palmer. Große Teile der Kulturlandschaft im Südwesten werden zwar immer noch von Streuobstwiesen geprägt. Aber allein zwischen 1965 und 1991 sind die Bestände um 40 Prozent geschrumpft. Erst beschleunigte die Ausweisung neuer Baugebiete und der Straßenbau den Rückgang. Jetzt sorgen der zunehmende Preisverfall beim einheimischen Obst und die mangelnde Pflege, die Überalterung der Streuobstbestände und neue Pflanzenkrankheiten dafür, dass die ökologisch so wertvollen Flächen aus der Kulturlandschaft zunehmend verschwinden.

Auch Regierung besorgt

Die Regierung teilt die Befürchtung der Grünen-Fraktion, wonach die Bestände in steigendem Maße durch Billigimporte von Apfelsaft-Konzentraten aus Ländern wie China, Iran, Türkei und Polen bedroht seien. Aber über die bisher praktizierten Maßnahmen hinaus – Landwirte bekommen für die Bewirtschaftung von Streuobstwiesen jährlich 100 Euro pro Hektar (insgesamt 3,1 Millionen Euro) – will Agrarminister Willi Stächele keine zusätzlichen Initiativen ergreifen.

Als 1991 letztmals gezählt wurde, gab es 11,4 Millionen Streuobstbäume (1965: 18 Millionen). Am stärksten betroffen waren Apfelbäume (minus 38 Prozent), Birnenbäume (50 Prozent) und Zwetschgen (minus 38 Prozent). Eine Antwort der Regierung belegt, dass statt des Apfelsaft aus dem heimischen Anbau immer mehr Billigsäfte in den Einkaufskörben der Verbraucher landen. 90 Prozent des im Südwesten abgefüllten Apfelsaftes wird inzwischen auf Konzentratbasis hergestellt. Mit 0,7 Euro pro Kilogramm ist der Verkaufspreis für Apfelsaftkonzentrat aus den Importländern so niedrig wie nie zuvor. Da können die heimischen Obstbauern nicht mehr mithalten, denn der Selbstkostenpreis für Konzentrat aus örtlichem Obst liegt bei 0,86 Euro pro kg. „Für 100 kg Mostobst“, klagt Palmer, „bekommt der Anlieferer sowieso nur noch fünf bis sieben Euro“. Das sei nicht annähernd kostendeckend, räumt auch die Regierung ein.

Palmer: Verbraucher aufklären

Um mittelfristig Teile der 180 000 Hektar Streuobstwiesen zu retten, sollten nach Ansicht der Grünen-Fraktion sofort Gegenmaßnahmen eingeleitet werden. Vorgeschlagen wurde etwa eine Verbesserung der Produktbezeichnung, damit die Verbraucher die Herkunft des Direktsaftes aus den örtlichen Streuobstwiesen im Laden besser erkennen können. Auch eine Anhebung der Pauschale für die Bewirtschaftung von Streuobstwiesen könnte die Bestände sichern helfen. Eine Aufklärungskampagne, meinte Boris Palmer, wäre besonders wichtig. Sie könnte den Verbraucher motivieren, beim Einkauf von Fruchtsäften ein paar Cent mehr zu zahlen. Erst beim Discounter für 45 Cent Fruchtsaft kaufen und am Wochenende in blühenden Streuobstwiesen spazieren gehen, hieß es gestern, werde eines Tages nicht mehr möglich sein.

Weil Billigkonzentrate aus dem Ausland die heimischen Streuobstprodukte verdrängen, lohnt sich zur Zeit die Arbeit in den Obstgärten kaum mehr.

Schlechte Aussichten

Von unserem Redakteur
Rainer R. Günther

Besitzer oder Pächter von Streuobstwiesen haben viel Arbeit, erzielen aber kaum Gewinn. Zur Zeit zahlen sie sogar eher drauf und wollen daher nicht mehr lange in den sauren Apfel beißen. Bereits vor 15 Jahren, als die Regierung die letzte Erhebung anstellte, hatte sich der Niedergang des Streuobstanbaus abgezeichnet. Übers Bäumchenzählen ging die damalige Inventur freilich nicht hinaus. Aussagen zum Pflegezustand, zum Altersaufbau und zur Sortenvielfalt brachte diese Zählung nicht. Dennoch förderte die Regierung seither – mehr oder weniger gezielt mit der kleinen Gießkanne – den Streuobstanbau mit Modellen und Programmen. Ohne großen Erfolg.

Über die Zukunft der Bestände wird letztlich der Markt entscheiden. Ist der Verbraucher bereit, zum Beispiel für den Apfelsaft aus heimischem Obst mehr Geld zu bezahlen? Bisher jedenfalls nicht. Denn noch greift der Kunde nach dem viel preiswerteren Apfelsaft, der aus importierten Billigkonzentraten produziert wird, mitunter wohl auch, weil heimische Erzeugnisse schlecht gekennzeichnet und nicht überall um die Ecke zu haben sind. Mit der von der Grünen-Fraktion geforderten Informationskampagne könnten zumindest die Marktchancen des einheimischen Streuobstes verbessert werden.